

## **Protokoll:**

Einleitend informiert Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig über die stattgefundene Vorstandssitzung des rheinland-pfälzischen Städtetags und teilt den gemeinsamen Standpunkt des Vorstandes des Städtetages mit, den er auch in einem Brief an die Ministerpräsidentin vertreten habe. Die Kommunen forderten den Bund dazu auf, seine Verpflichtung, Asylverfahren innerhalb von drei Monaten zum Abschluss zu bringen, zu erfüllen, sodass nicht mehr wie bisher Personen, deren Bleiberecht noch nicht geklärt sei, den Kommunen zugewiesen würden und diese dann eine eventuelle Abschiebung organisieren müssten. Des Weiteren müsse das Land seine Aufnahmekapazitäten insoweit erhöhen, dass eine Unterbringung der Asylbewerber während des laufenden Asylbewerberverfahrens dort möglich sei. Schließlich sei lediglich die Organisation der Unterbringung von Asylbewerbern und von Sprachförderungsprogrammen die Aufgabe der Kommunen, die Finanzierung der entsprechenden Maßnahmen obliege dem Land, auch wenn die Kommunen hier in Vorleistung gingen.

Auf die Bitte von Rm Wefelscheid (BIZ) hin, bei der Errichtung der geplanten Zaunanlage auf dem Gelände der Fritschkaserne darauf zu achten, dass keine Kasernierungsoptik entstehe, versichert Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein, dass dies berücksichtigt würde.

Auf Nachfrage von Rm Enger (Bündnis 90/Die Grünen) wird bestätigt, dass bei der Frage der mobilen Wohncontainer Wirtschaftlichkeitsberechnungen angestellt worden seien und sich für die wirtschaftlichste Lösung entschieden worden sei.